

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

1. des Kursabschlages (Disagio) mit	5—20%
2. der Bonifikation (Vorteil des 1. Erwerbes)	3—8%
3. der Emissionsgebühren (Gewinn der Pfandbriefbank)	3%
4. der Provision des Vermittlers	1—3%
5. der sonstigen Spesen, Stempel, Steuern	3%
d. h. nach Abzug von insgesamt	<u>15—37%</u>

Der tatsächliche Auszahlungskurs liegt also weit unter dem Anleiheschuldbetrag, den die Gemeinde verzinsen und zurückzahlen muß. Dadurch erhöht sich aber der Anleihebedarf der Gemeinde erheblich über den Ausgabenbedarf und führt zu immer weiterer Verschuldung. Den Vorteil haben allein die Zwischengeschobenen Börsenjobber und die Pfandbriefbank, die für ihre Tätigkeit nicht nur die Emissionsgebühr erhält, sondern auch laufend jährlich  $\frac{1}{2}$ —1% der Schuldsomme als Verwaltungskostenbeitrag (Regiebeitrag) bis zur endgültigen Tilgung. Also ein gutes Geschäft auf Kosten der Steuerzahler!!

## 7. Was sehen wir Nationalsozialisten an die Stelle der Anleihepolitik?

Was ist nun an die Stelle der Anleihen zu setzen, wenn man in Zukunft einmalige Ausgaben zu erwarten hat? Es ist doch ausgeschlossen, nur aus laufenden Mitteln solche Aufgaben durchzuführen, die von Zeit zu Zeit an eine Gemeinde herantreten und besonders bei kleinen Gemeinden mehr erfordern, als sonst der ganze Jahreshaushalt.

Unsere Antwort lautet, daß in Zukunft der außerordentliche Etat nicht mehr aus Anleihen bestritten werden soll, sondern aus Barvermögen, das zu diesem Zwecke rechtzeitig vorher angesammelt wird. Eine derartige Maßnahme wird sich in äußerst segensreicher Weise für die Gemeinden auswirken.

Der Unterschied zwischen Anleihepolitik und Rücklagenpolitik soll an einem Beispiel gezeigt werden. Hierbei ist keineswegs ein besonders ungünstiges Verhältnis der Zinshöhe und des Auszahlungskurses gewählt, vielmehr gerade ein ziemlich günstiger Auszahlungskurs für die Gemeinde und ein Zinssatz, wie ihn die Gemeinden